



# HESSISCHER LANDTAG

02. 12. 2025

Plenum

## Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU,**

**Fraktion der SPD**

**Starke Flughäfen, starke Airlines: Luftverkehrsstandort in Hessen und Deutschland entlasten, Wettbewerbsfähigkeit erhalten und Innovationskraft für den Flughafen Frankfurt sichern**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt das von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte Entlastungspaket für die Luftverkehrswirtschaft. Die vereinbarten Maßnahmen sind ein wichtiger und längst überfälliger erster Schritt hin zu einer dauerhaften und nachhaltigen Wiederherstellung wettbewerbsfähiger Standortbedingungen für die Luftverkehrsbranche, insbesondere für den bundesweit größten Flughafen in Frankfurt am Main. Das Paket wird Kosten und bürokratische Hürden reduzieren, Prozesse beschleunigen und der Branche mithin wieder eine klare Wirtschafts- und Wachstumsperspektive in Deutschland eröffnen.
2. Der Landtag dankt der Landesregierung für die zahlreichen Initiativen und die beharrlichen Verhandlungsgespräche mit den Partnern in Berlin, in den Ländern sowie den Luftfahrtunternehmen in Hessen. Ebenso zeigt sich der Landtag erfreut, dass die nun verabredeten Entlastungsschritte in weiten Teilen den aus Hessen initiierten Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenz vom 12. Dezember 2024 sowie der hieran anknüpfenden Bundesratsinitiative der Hessischen Landesregierung zum Luftverkehr von Anfang 2025 entsprechen und deren Forderungen, wie u. a. die Senkung staatlicher Abgaben und faire Rahmenbedingungen für nachhaltige Flugkraftstoffe, im Rahmen der Koalitionsverhandlungen der Bundesregierung Berücksichtigung fanden und nunmehr umgesetzt werden.
3. Der Landtag betont die immense energiepolitische und industriepolitische Bedeutung des Markthochlaufs für nachhaltige Flugkraftstoffe, der zudem für die Zukunftsfähigkeit des Luftverkehrs mitentscheidend ist. Er bittet die Landesregierung sich weiterhin dafür einzusetzen, dass in Zukunft die Einnahmen aus CO<sub>2</sub>-Bepreisungen des Luftverkehrs vollständig zur Förderung von Klimaschutzmaßnahmen im Luftverkehr verwendet werden.
4. Der Landtag betont, dass der Flughafen Frankfurt unverzichtbar für die Wertschöpfung, die Arbeitsplätze, den Wirtschaftsstandort und den Wohlstand in Hessen ist. Vor diesem Hintergrund unterstützt er ausdrücklich die konkreten Pläne der Bundesregierung, staatlich verordnete Wettbewerbsnachteile abzubauen, indem die in 2024 erfolgte Erhöhung der Luftverkehrssteuer zum 1. Juli 2026 zurückgenommen wird, die nationale PtL-Quote unverzüglich gestrichen und damit auf das europäische Mindestmaß zurückgeführt sowie die Flugsicherungskosten bis 2029 um deutlich mehr als zehn Prozent gesenkt werden. Damit wird der seit Jahren steigenden und wettbewerbsverzerrenden Kostenspirale von Steuern und Gebühren, die sich allein seit 2019 mehr als verdoppelt haben, effektiv ein Ende gesetzt. Damit diese Maßnahmen schnellstmöglich ihre Wirkung entfalten können, ist eine zeitnahe Umsetzung entlang der vereinbarten Zeitlinien sicherzustellen. Darüber hinaus gilt es, im Sinne einer dauerhaften und nachhaltigen Wiederherstellung wettbewerbsfähiger Standortbedingungen für die Luftverkehrsbranche weitere Schritte der Steuer- und vor allem der Gebührenreduktion zu prüfen (Flugsicherungs- und Luftsicherheitsgebühren).

5. Der Landtag weist darauf hin, dass nationale Mehrbelastungen im Luftverkehr unmittelbar dazu führen können, dass Airlines und Passagiere auf ausländische Flughäfen ausweichen. Eine solche Verlagerung nutzt dem Klima nicht, fügt dem Wirtschaftsstandort Deutschland und Hessen aber erheblichen Schaden zu. Werden staatlich verursachte Kosten und Regulierungen nur national eingeführt, verlagern sich Wertschöpfung, Arbeitsplätze sowie Klimaschutzpotenziale – etwa durch kurze Zubringerwege oder Investitionen deutscher Unternehmen in moderne, leisere und emissionsärmere Flotten – ins Ausland. Entlastungen im Luftverkehrssektor sind daher notwendig, um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern und internationale Verkehrsströme in Deutschland und besonders am Standort Hessen zu halten.
6. Der Landtag begrüßt zudem die im Koalitionsausschuss getroffenen Maßnahmen zur Modernisierung der Luftfrachtabwicklung. Durch die Prozessoptimierung und Digitalisierung der beteiligten Behörden wird sichergestellt, dass die deutsche Exportwirtschaft weiterhin effizient und zuverlässig an globale Märkte angebunden bleibt.
7. Der Landtag verbindet mit diesen Schritten die Erwartung, dass die Luftverkehrswirtschaft die geschaffenen Spielräume nutzt, um zu investieren, ihre Angebote attraktiver auszubauen sowie nachhaltiges Wachstum in der Branche zu schaffen. Investitionen in modernes Fluggerät stellen einen Beitrag für mehr Lärmschutz und Verringerung von CO<sub>2</sub>-Ausstoß dar und werden begrüßt.
8. Der Landtag geht davon aus, dass mit dem Entlastungspaket auch weitere positive Effekte weit über die Luftfahrtbranche hinaus zu erwarten sind. So können die Bereiche der Tourismus- und Messewirtschaft sowie die Logistik in erheblichem Maße vom Wirtschaftswachstum der Luftverkehrsbranche profitieren. Für Bürgerinnen und Bürger soll der Urlaub bezahlbar bleiben. Ein stabiler Frankfurter Flughafen gibt den exportorientierten hessischen Unternehmen als „Tor zur Welt“ Sicherheit und garantiert Absatzmärkte. Darüber hinaus senden (wieder) wettbewerbsfähige, starke Flughäfen und starke Airlines ein klares Aufbruchssignal hin zu einer Trendwende für den gesamten Wirtschaftsstandort Deutschland.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 2. Dezember 2025

Für die Fraktion

der CDU

Die Fraktionsvorsitzende:

**Ines Claus**

Für die Fraktion

der SPD

Der Fraktionsvorsitzende:

**Tobias Eckert**